

ANTRÄGE

1) Bedarfsgerechtes Betreuungsangebot in Kindergärten während der Schulferien – höhere Treffsicherheit bei der Sozialstaffel

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren! Bezugnehmend auf die aktuelle Diskussion, die medial noch verstärkt wurde, betreffend das Angebot an Sommerkindergärten in der Steiermark, können wir in Graz mit Stolz vermelden, dass die Stadt Graz und das zuständige Amt dafür sagen, dass es in Graz ein ausreichendes Angebot für Sommerbetreuung für die Kinder gibt. Mir geht es darum, das bedarfsgerechte Betreuungsangebot in den Kindergärten während der Schulferien noch mit höherer Treffsicherheit bei der Sozialstaffel auszustatten. In der Stadt Graz gibt es auch im Sommer, zu Weihnachten und zu Ostern dem angemeldeten Bedarf entsprechende Betreuungsangebote. Eltern können ihre Kindergartenkinder wochenweise während der Schulferien in städtischen und privaten Einrichtungen anmelden und zahlen dafür sozial gestaffelte Tarife. Es zeigt sich aber, dass in den letzten Jahren zunehmend Betreuungsplätze angefordert, aber nicht in Anspruch genommen wurden. Vor allem Eltern, die keinen oder nur einen sehr geringen Beitrag zahlen, melden beispielsweise ihr Kind für die gesamten Sommer- oder Weihnachtsferien an, nehmen den Betreuungsplatz aber nur teilweise in Anspruch, es kommt vor, dass für eine Gruppe 25 Kinder angemeldet sind und dann nur sieben oder acht oder zehn Kinder kommen, das Personal muss aber von der Stadt Graz oder auch vom privaten Betreiber entsprechend den angemeldeten Kindern bereitgestellt werden und das verursacht natürlich entsprechende Kosten; wenn nicht die Kinder tatsächlich kommen, die angemeldet sind, entstehen Personal- und Betriebskosten, die in unzumutbarer Weise vergeudet werden. Und um diesem Missbrauch von Fördermitteln zu begegnen, sollte daher während der Ferien die Sozialstaffel nur für tatsächlich genutzte Betreuungszeiten gewährt werden, um den Eltern zu verdeutlichen, sehr wohl, wenn sie sozial bedürftig sind, sollen sie entsprechend geringe Beiträge zahlen, aber nur dann, wenn sie nachweisen, dass sie die Plätze tatsächlich brauchen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Dass das ressortzuständige Amt für Jugend und Familie während der Ferien die Gewährung der Sozialstaffel bei den Elternbeiträgen an den tatsächlichen Betreuungsbedarf koppelt (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Lärm im Univiertel

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrte Zuschauer...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Und –innen.

GR. **Hohensinner**: ... und –innen, danke schön, Frau Stadträtin. Mein Antrag betrifft den Lärm im Univiertel. Seit vergangenem Jahr ist im Grazer Studentenviertel, vor allem in der Elisabethstraße, eine erhöhte Lärmentwicklung festzustellen. Gerade im Frühling und im Herbst sehen sich Anrainer in ihrer Lebensqualität eingeschränkt.

Aufgrund der Mediation im Auftrag von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wurde im Herbst 2004 einen Monat lang eine Schwerpunktaktion in Form verstärkter Polizeipräsenz im Univiertel durchgeführt. Diese wurde von den Anrainern sehr positiv aufgenommen, da dadurch die Lärmbeeinträchtigungen reduziert werden konnten.

Ergebnis dieser Mediation war auch, dass die Belästigung im Univiertel ausschließlich vom Lärm auf der Straße ausgeht.

Die versprochene Unterstützung der Wirtschaftsbetriebe durch Aufstellung von Müllkübeln sowie kürzere Reinigungsintervalle der betroffenen Straßen blieb allerdings leider aus.

Die von der Wirtschaftskammer unterstützte Security–Ausbildung hat das Sicherheitspersonal der Lokale auf die besonderen Anforderungen des Univiertels geschult.

Daher stelle ich namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

- Die Bundespolizeidirektion Graz wird aufgefordert, an den lärmintensivsten Tagen der Woche, beziehungsweise zu relevanten Nachtstunden, regelmäßige Polizeistreifen (zu Fuß und vor Ort) im Studentenviertel einzusetzen.
- Die Wirtschaftsbetriebe werden aufgefordert, mehr Mülltonnen aufzustellen und die Reinigungsintervalle der betroffenen Straßen zu verkürzen.
Das eingeleitete Ausbildungsprogramm für Security Personal ist fortzusetzen beziehungsweise zu forcieren (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Bepflanzung und Platzgestaltung bei Gastgärten

GRin. **Fürntrath** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Fürntrath**: Mein Antrag, wie du bereits sagtest, Herr Bürgermeister, betrifft die Bepflanzung und Platzgestaltung bei Gastgärten auf öffentlichem Grund. Gepflegte Gastgärten haben in den letzten Jahren wesentlich zur Attraktivität unserer Stadt beigetragen. Sie werden nicht nur von Einheimischen, sondern auch im besonderen Maße von Touristen geschätzt und benützt. Um diese Gastgärten immer wieder einladend zu gestalten, bedarf es hoher Investitionen seitens der Betreiber. Gartenmöbel müssen gekauft, vor allem aber über die Wintermonate kostspielig gelagert werden. Dies gilt auch für Gartenbepflanzungen, die immer anspruchsvoller werden. Zusätzlich kommt noch eine der höchsten Mieten im Vergleich zu anderen österreichischen Städten für Gastgartenflächen auf öffentlichem Grund.

Um die Bemühungen der Gastgartenbetreiber, unsere Stadt zu verschönern, ein wenig zu unterstützen und die Kosten im Rahmen zu halten, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen, jene Flächen, die für Bepflanzungen und Platzgestaltungen bei Gastgärten auf öffentlichem Grund verwendet werden, mietfrei zu stellen sowie das Stadtgartenamt anzuweisen, eine Grünbepflanzung je nach Bedarf zur Verfügung zu stellen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Hallenneubau – Alte Poststraße/Zepelinstraße

GR. **Schmalhardt** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um einen Hallenneubau im Bereich Alte Poststraße/Zepelinstraße. Was auf einer derzeit unbebauten Fläche zwischen Zepelinstraße, Plachelhofstraße und Alter Poststraße südlich des Zentralfriedhofes geplant ist, entwickelt sich für die Bewohner der Einfamilienhaussiedlung in der Zepelinstraße zu einer Horrorvision. Sie würden direkt vor ihren Häusern – nur auf der anderen Straßenseite – eine über 140 Meter lange und über 16 Meter hohe Hallenwand vorgesetzt bekommen. Das Bauverfahren ist derzeit, wie ich glaube, noch in der Entwicklungsphase.

Bis vor einigen Jahren war das Areal noch als allgemeines Wohngebiet gewidmet. Es wurde aber mittlerweile in Industriegebiet umgewidmet, obwohl an der Zepelinstraße und der Plachelhofstraße Siedlungen mit Einfamilienhäusern angrenzen. Jetzt will eine Eisen verarbeitende Firma im Anschluss an ihre schon bestehende Betriebshalle südlich des Zentralfriedhofes diese Riesenhalle errichten.

Die maßvollen Änderungswünsche der Anrainer werden offensichtlich nicht berücksichtigt.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Das Referat für BürgerInnenbeteiligung möge mit den zuständigen Stellen der Stadt, wie dem Bau- und Umweltamt, mit den betroffenen Anrainern und vor allem mit dem Investor eine Informationsveranstaltung zur Aufarbeitung der offenen Fragen veranstalten (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Verkehrsberuhigung der Murfelderstraße

GR. **Slamanig** stellt folgenden Antrag:

GR. **Slamanig**: Meine Damen und Herren! Die Murfeldestraße führt von der Puntigamer Straße bis zur Neudorferstraße durch klassisches Wohngebiet. Wie überall sonst in Graz hat auch in dieser Straße der Verkehr stark zugenommen. Die Belastungen durch den motorisierten Verkehr erfordern schon lange wirksame Maßnahmen.

Die AnrainerInnen sind nicht mehr bereit, die Belastungen widerspruchslos hinzunehmen. Ihre Forderungen sind kurz gesagt folgende:

- Tempo 30 auch am Tag
- Wiederherstellung des Radweges
- Strikte Überwachung der Fahrgeschwindigkeit

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt werden beauftragt, die erforderlichen Verkehrsmaßnahmen zu prüfen und die von den AnrainerInnen geforderten Maßnahmen umzusetzen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.